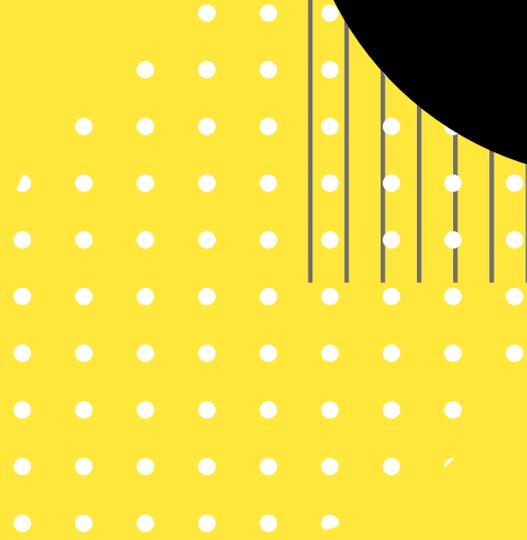
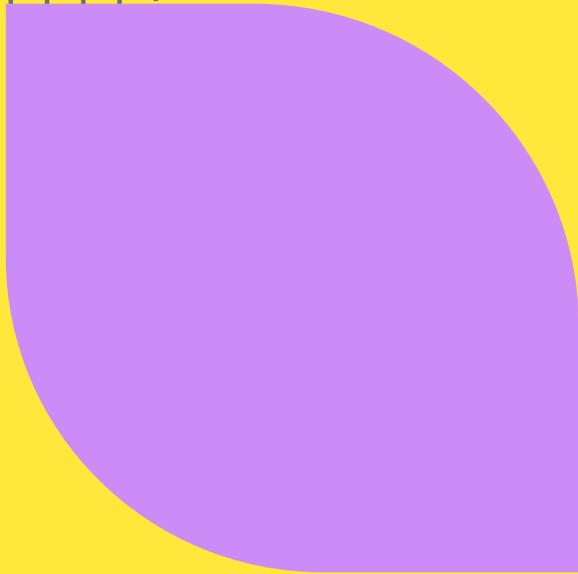
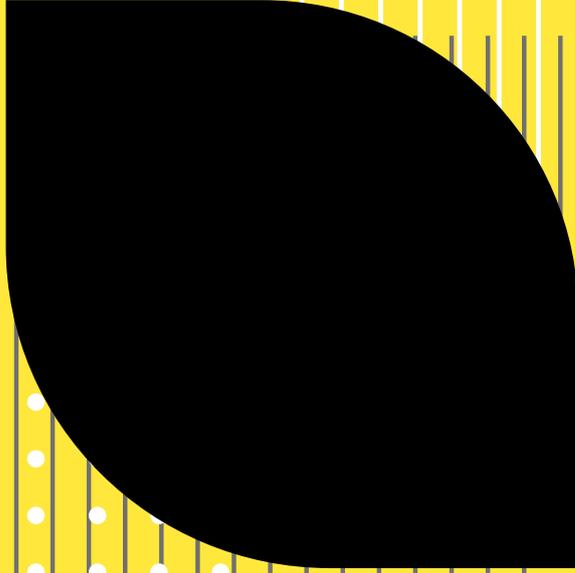
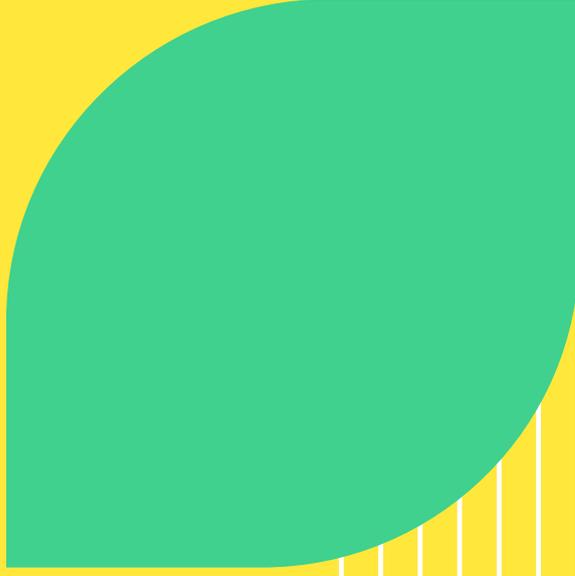
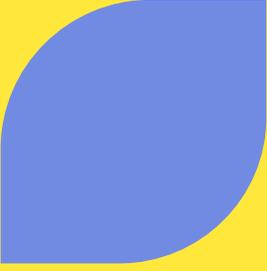


2024 VOICES



Citizens
speak up!



Reproduction in whole or in part is permitted, provided that full credit is given to Friends of Europe, and that any such reproduction, whether in whole or in part, is not sold unless incorporated in other works.

© Friends of Europe - February 2024

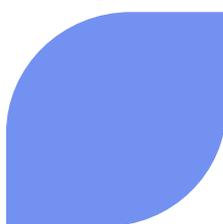
The European Commission support for the production of this publication does not constitute an endorsement of the contents which reflects the views only of the authors, and the Commission cannot be held responsible for any use which may be made of the information contained therein.

With the support of:





Neuer Gesellschaftsvertrag stellt Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt



Der aktuelle Gesellschaftsvertrag Europas wurde im Zuge der Nachkriegszeit für eine vollkommen andere Lebensrealität entworfen.

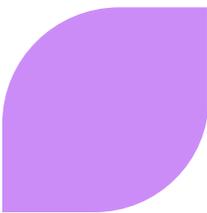
Zunehmende Herausforderungen und Krisen – wie Klimawandel, Automatisierung und wirtschaftliche Einbrüche aber auch neue digitale Bedrohungen wie die rasante Verbreitung von Falschinformationen – haben Frustration, Sorgen und Desorientierung innerhalb der Gesellschaft im neuen Jahrtausend auf die Spitze getrieben. Gestiegene soziale Ungleichheit hat außerdem dazu geführt, dass sich **Bürgerinnen und Bürger ausgeschlossen, entrechtet und im Stich gelassen fühlen**. Sie haben den Eindruck, von Politikerinnen und **Politikern nicht gehört zu werden** und dass der **Wille zur Umsetzung von dringend erforderlichen Lösungen fehlt**.

Die Zeit ist gekommen für einen neuen Gesellschaftsvertrag für Europa, der die wirkungsvolle Mitgestaltung, gleichberechtigte Vertretung und gerechte Einbindung aller Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt. Als Hauptakteure dieses neuen sozialen Paktes müssen **Bürgerinnen und Bürger sowohl Ausgangs- als auch Endpunkt von dessen Entwicklung sein**.

Dies ist das erklärte Ziel von Debating Europe. Als Teil von Friends of Europe beschäftigen wir uns vor allem mit Bürgerbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement. Wir sind entschlossen, die kollektive Intelligenz der Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe von Fokusgruppen zu erschließen. Wir wollen ihre politischen Ideen, die ihre wahren Wünsche und Vorstellungen widerspiegeln, sichtbar machen und konkretisieren und so ein inklusiveres, nachhaltigeres und zukunftsorientierteres Europa schaffen.

Unser Bericht „2024 Stimmen – Bürgerinnen und Bürger melden sich zu Wort!“ basiert auf Erkenntnissen von insgesamt 2024 in Fokusgruppen befragten Bürgerinnen und Bürgern aus sieben europäischen Ländern – Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Spanien und Schweden – und offenbart, was sie über die Herausforderungen, vor denen Europa aktuell steht, denken und fühlen. Diese Studie ist mehr als eine Sammlung von Meinungen. Es ist vielmehr der Ausgangspunkt einer einzigartigen Reise, die bis ins Jahr 2030 und darüber hinaus andauern und die Arbeit von Friends of Europe nachhaltig untermauern wird: wir wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag für Europa entwerfen, der gesellschaftliche Gerechtigkeit fördert, der sicherstellt, dass sich niemand abgehängt fühlt, und dass sich Bürgerinnen und Bürger gehört und ernst genommen fühlen.

Ein Ziel, viele Meinungen

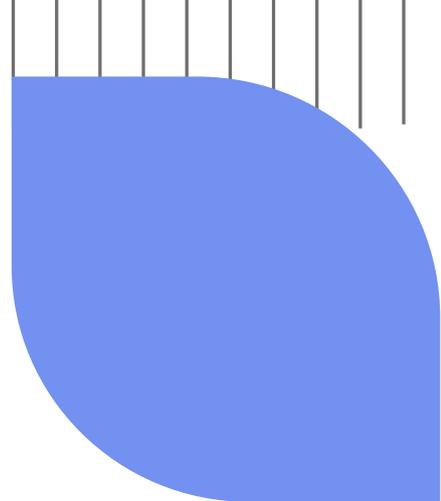
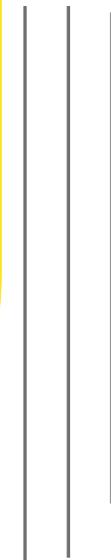
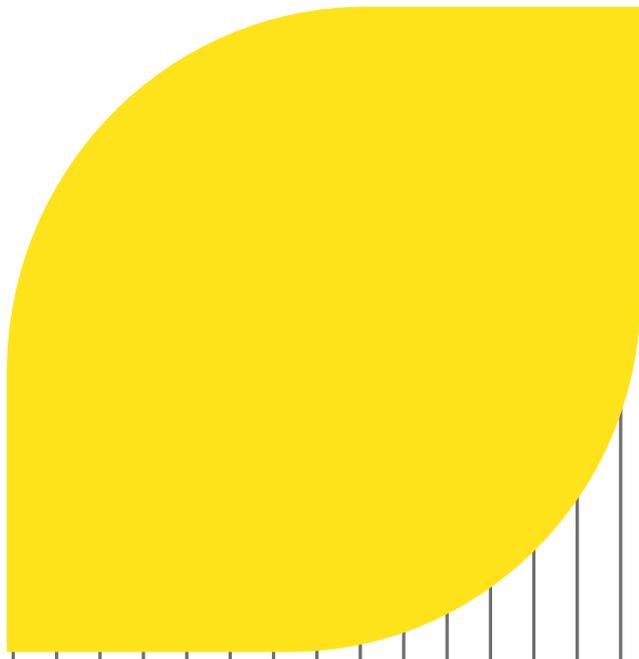


In der Studie konzentrieren wir uns auf vier Themen: die **Unterstützung des ökologischen Wandels**, die **Förderung eines gerechten und nachhaltigen Wachstums**, der **Ausbau einer bürgernahen Demokratie** und die **Stärkung von Sicherheit und Resilienz**. Diese Themen standen nicht nur deshalb im Mittelpunkt der Diskussion, weil sie zu den **drängendsten Problemen gehören, vor denen Europa derzeit steht**, sondern auch, weil sie sich **häufig überschneiden**. Ob politisches Desinteresse, welches zu einer Untätigkeit bei der Klimafrage führt, oder eine sich zuspitzende globale Sicherheitslage, die eine wirtschaftliche Inflation zur Folge hat: viele der Erkenntnisse dieser Studie lassen sich nicht in eine bestimmte Schublade stecken, sondern müssen ganzheitlich betrachtet werden. In der heutigen Welt müssen Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit zusammen gedacht werden. Ebenso muss gesellschaftliche Widerstandskraft mit starken Demokratien einhergehen.

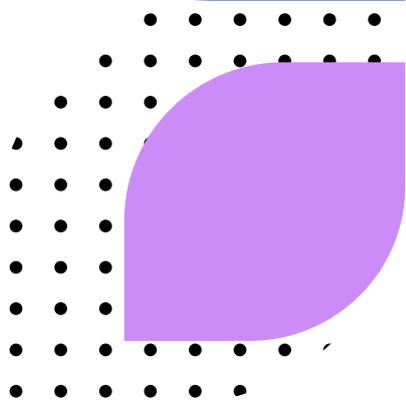
Lösungen müssen demzufolge in entsprechender Weise gedacht werden. Immer davon ausgehend, dass **Fortschritte in einem Bereich zu Ergebnissen in mehreren anderen Bereichen führen**. Einige Vorschläge, wie z.B. die Notwendigkeit einer größeren Wertschätzung und höheren Entlohnung von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen wie Bildung, Gesundheit und Wissenschaft, wird von den Teilnehmenden als Instrument zum **Anstoß einer Kettenreaktion betrachtet, die positive Auswirkungen auf weitere Lebensbereiche mit sich bringen kann**. Andere Vorschläge, wie z.B. die Investition in den Ausbau von Systemen, Netzwerken und Programmen zum Schutz vor digitalen Angriffen, wurden als entscheidend angesehen um demokratische und wirtschaftliche Strukturen sowie wichtige Infrastruktureinrichtungen vor externen Anschlägen oder Störungen zu schützen.

Über die gesamte thematische Breite der Studie hinweg, haben wir untersucht, **wie neue Technologien von Bürgerinnen und Bürgern** beurteilt werden. Die zunehmende Abhängigkeit der Gesellschaft von neuen Technologien im Alltag, machte es notwendig, sie nicht nur als Arbeitsgerät, Kommunikationsmittel und Unterhaltungsmedium zu begreifen, sondern als etwas das **inzwischen in nahezu alle Bereiche unseres Lebens hineinreicht**.

Besonders hervorzuheben ist, dass im Rahmen unserer Studie auch das **Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die verschiedenen Akteure gemessen** wurde: in die Europäische Union, in nationale und regionale Regierungen, in internationale Organisationen, in die Zivilgesellschaft, in die Privatwirtschaft und in einigen Fällen auch in die Medien und in die Polizei. **Die Bestimmung derjenigen Institutionen, denen bei der Bewältigung von ganz unterschiedlichen Problemen das meiste Vertrauen entgegengebracht wird**, ist der Schlüssel zur Umsetzung einer Vielzahl von Anliegen und Lösungsvorschlägen in wirkungsvolle Instrumente für den gesellschaftlichen Wandel.



Wichtigste Erkenntnisse



UNTERSTÜTZUNG DES ÖKOLOGISCHEN WANDELS



Der Klimawandel löst bei Bürgerinnen und Bürgern erhebliche Sorgen aus und wurde oftmals als „**die größte Herausforderung unserer Zeit**“ bezeichnet. Es wurde betont, dass nach Jahrzehnten unentschlossenen Handelns die **verlorene Zeit wieder aufgeholt** werden müsste. Anstatt von „Gewinnern und Verlierern“ zu sprechen, sollte der Klimawandel als **allumfassende Herausforderung** bewertet werden, die jeden einzelnen betrifft. Die **"glokale" sozioökonomische Ungleichheit** wird jedoch als ein erschwerender Faktor angeführt, wenn es für Gemeinschaften als auch für Einzelpersonen darum geht, Emissionen zu reduzieren oder mit den Auswirkungen des Klimawandels umzugehen.

Die **Besteuerung der größten Umweltverschmutzer** sowie die **Reduzierung übermäßigen Konsums** wurden als die wichtigsten Lösungen genannt um der Klimakrise entgegen zu treten. Sie zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger große Veränderungen fordern, sowohl im Bereich der Industrie als auch in Bezug auf den persönlichen Verbrauch. **Junge Menschen**, die an der Studie teilgenommen haben, sprachen sich deutlich häufiger für die Besteuerung der größten Umweltverschmutzer aus als Studienteilnehmende über 30 Jahre, was auf einen **potentiellen langfristigen Paradigmenwechsel** hinweisen könnte. Der Ausbau **öffentlicher Verkehrsmittel** wurde von allen Studienteilnehmenden als entscheidender Bereich genannt, dem bei der Verringerung von Kohlenstoffemissionen **Priorität** eingeräumt werden sollte.

Die **Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen** wurde nicht nur als umweltschädlich angesehen, sondern oftmals auch als **Unterstützung "undemokratischer" Regierungen** in öl- und gasreichen Ländern kritisiert, was wiederum die bereits hervorgehobene Verflechtung der vier Themen untereinander verdeutlicht. In ähnlicher Weise drehte sich ein Großteil der Diskussionen zum Thema Sicherheit um **klimabedingte Naturkatastrophen**, die als eine weitaus **unmittelbarere Bedrohung** angesehen wurden als beispielsweise die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts auf dem Boden der EU.



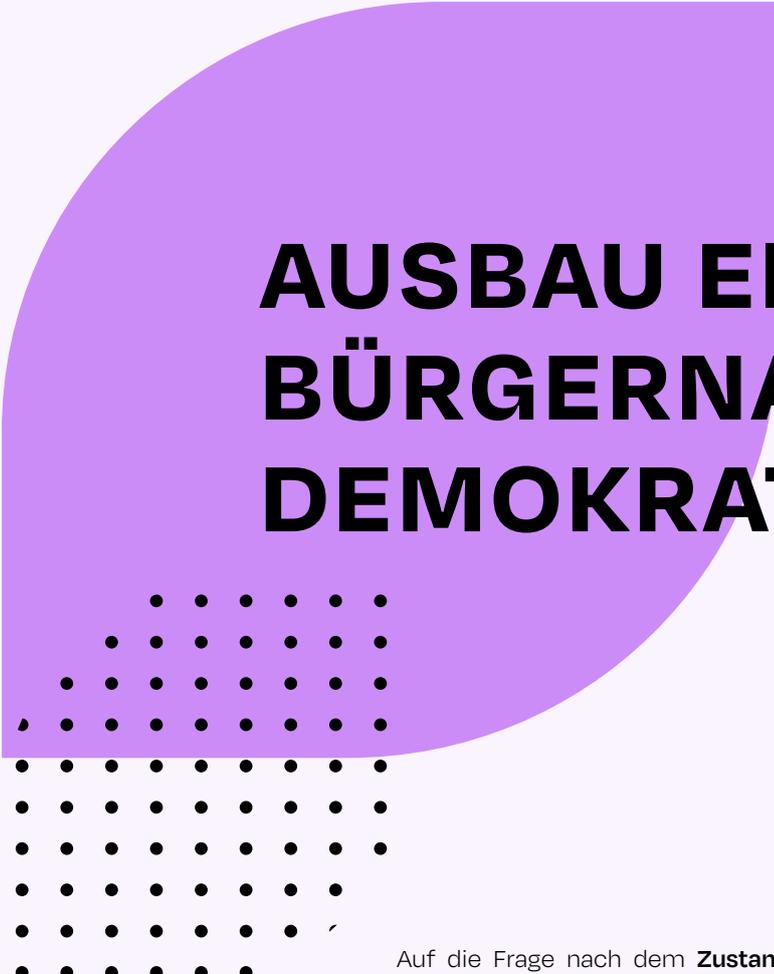
FÖRDERUNG EINES GERECHTEN UND NACHHALTIGEN WACHSTUMS

Die generelle Stimmungslage in der Studie spiegelt wider, dass wir in **wirtschaftlich schwierigen Zeiten** leben. **Zunehmende Inflation** und **steigende Preise** für Wohnung, Heizung, Lebensmittel und andere elementare Waren und Dienstleistungen deuten auf schwierige Zeiten für die wirtschaftliche Gesundheit des Kontinents hin - und werden als etwas wahrgenommen, das kaum mit einer typischen Finanzkrise vergleichbar ist. Neben der Sorge um fehlende Arbeitsplätze und die Auswirkungen der digitalen als auch der ökologischen Transformation auf den Arbeitsmarkt, äußerten die Teilnehmenden zudem ihre Besorgnis über den eklatanten **Fachkräftemangel**. Dieser hätte zur Folge, dass viele offene Stellen nicht besetzt werden könnten, da es an Arbeitnehmenden mit passenden beruflichen Qualifikationen fehlt.

Die COVID-19-Pandemie als auch der Krieg in der Ukraine wurden als entscheidende Faktoren für den derzeitigen wirtschaftlichen Abschwung genannt, was das Narrativ einer **EU, die gegenüber globalen Erschütterungen anfällig** ist, verstärkte. In diesem Zusammenhang wurde wiederholt eine **Verringerung der Abhängigkeit Europas von Importen lebensnotwendiger Güter** wie beispielsweise Lebensmittel und Energie genannt und im Zuge dessen eine Erhöhung der Produktionskapazitäten im eigenen Land vorgeschlagen. Obwohl die EU im Allgemeinen als schwacher globaler Akteur angesehen wird, sind die Teilnehmenden der Ansicht, dass wirtschaftliche **Probleme am ehesten auf europäischer Ebene angegangen** werden sollten, da vor allem dauerhafte und weitreichende Strategien zur Überwindung gegenwärtiger Krisen erforderlich seien.

Zur Stärkung der Wirtschaft und um das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger zu steigern wurde am häufigsten gefordert, die **Gehälter von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen anzuheben** sowie soziale **Ungleichheit durch Steuerreformen zu beseitigen**. Tatsächlich offenbarten die Diskussionen innerhalb der Fokusgruppen, den lauten Ruf nach einer **Neuausrichtung des gegenwärtigen Wirtschaftsmodells**. Weg von einem Modell, das vor allem auf Profit ausgerichtet ist, hin zu einem Modell, das der gesamten Gesellschaft zugutekommt. Obwohl der Fachkräftemangel als allgemeines Problem erkannt wurde, wurde allerdings die **Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte**, um die Lücken zu schließen, von keiner der beteiligten Länder oder Altersgruppen als oberste Priorität angesehen.

AUSBAU EINER BÜRGERNAHEN DEMOKRATIE



Auf die Frage nach dem **Zustand der Demokratie** fielen die **Meinungen in den einzelnen Ländern oft unterschiedlich** aus, wobei Teilnehmende aus Schweden und Deutschland eine deutlich positivere Einstellung hatten als Teilnehmende aus Frankreich, Italien und Polen. Besorgnis wurde vor allem über ein **von Führungscliquen und Parteilagerien beherrschtes politisches System** geäußert. Politikerinnen und Politiker wurden als willensschwach, ineffektiv und nicht bereit gegen ihre eigenen Interessen zu handeln, beschrieben. Das Gefühl **vom politischen Prozess weitgehend abgekoppelt** zu sein wurde beklagt, außerdem wurde ein generelles Gefühl der **Politikverdrossenheit** in der europäischen Gesellschaft beobachtet.

Die Teilnehmenden wünschten sich eine **stärkere Einbindung der Bevölkerung von unten in die Politik**. Insbesondere sollten zivilgesellschaftliche Organisationen als auch „normale“ Bürgerinnen und Bürger verstärkt politische Repräsentanten zur Verantwortung ziehen. Die **Bekämpfung der Korruption** sowie eine **bessere Befähigung von Bürgerinnen und Bürgern zur Teilnahme an der demokratischen Gesellschaft** wurden als die wichtigsten Lösungen für den Erhalt einer starken Demokratie vorgebracht. Tatsächlich gab es beim Thema Demokratie die geringsten Meinungsunterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen. Hier kann somit am ehesten die Rede von einem **generationenübergreifenden Konsens** sein.

Der Angriff auf die Redefreiheit als auch die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit wurden als die größten Bedrohungen zur **Aushöhlung von Bürgerrechten** genannt. Große Befürchtungen gehen außerdem von einer **stark polarisierten Gesellschaft** aus, die vor allem durch einseitige Medienberichterstattung als auch durch die rasante Ausbreitung von Falschinformationen noch zusätzlich gespalten würde. Um diesem Trend entgegenzuwirken, wurde gefordert die **Medienkompetenz der Bevölkerung** zu steigern. Zudem wurde die **stärkere Beteiligung von marginalisierten Gruppen** gefordert. An dem Umgang mit marginalisierten Gruppen innerhalb einer Gesellschaft, ließe sich generell der Gesundheitszustand einer Demokratie ablesen.



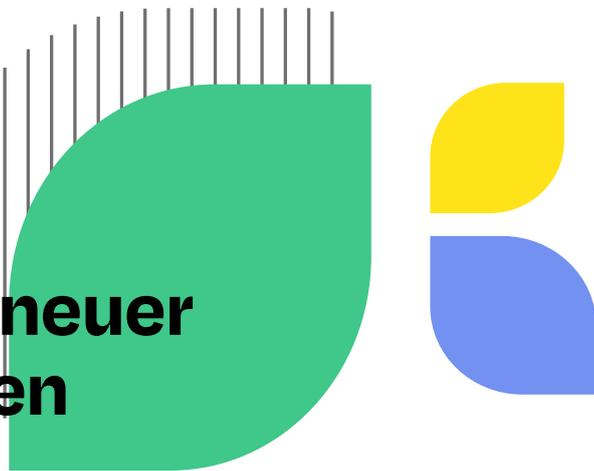
STÄRKUNG VON SICHERHEIT UND RESILIENZ

Die Teilnehmenden äußerten ein **generelles Gefühl von Sicherheit** und hielten einen ausländischen Angriff gegen eines der EU-Länder für sehr unwahrscheinlich. Die Mitgliedschaft in der NATO und, in geringerem Maße, die in der EU trägt wesentlich zu diesem Sicherheitsgefühl bei. Gleichzeitig herrschte ein **Gefühl des Unbehagens darüber, sich in Bezug auf Schutz und Sicherheit zu sehr auf die NATO zu verlassen**, da das Bündnis als stark davon abhängig angesehen wurde, wer in den USA im Weißen Haus sitzt. Der Vorschlag, eine **vereinte EU-Armee** zu bilden, fand durchaus Zustimmung, wurde allerdings als politische und logistische Unmöglichkeit bezeichnet, die in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden könnte.

Trotz dieses allgemeinen Sicherheitsgefühls empfanden einige Bürgerinnen und Bürger den **Einmarsch Russlands in die Ukraine als Schock**, der die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts auf europäischem Boden sehr viel wahrscheinlicher mache. Die Möglichkeit von **Cyberangriffen** oder auch die **externe Beeinflussung von Wahlen** wurde dadurch als erhöht wahrgenommen. Generell wünschten sich die Teilnehmenden, dass ihre jeweiligen Länder als auch die EU ihre **Widerstandsfähigkeit gegenüber Krisen** - seien es militärische Bedrohungen, Naturkatastrophen, Cyberattacken oder Pandemien - **erhöhen**.

Die Einführung **präventiver Maßnahmen zur Verringerung der Kriminalität, zur Bekämpfung von Terroranschlägen und Vorbeugung von Radikalisierung** wurden als dringendste Lösungen zur Verbesserung der Sicherheitslage in der EU genannt.

Bedeutung neuer Technologien



Das Thema Technologie zog sich wie ein roter Faden durch alle vier Themen in den Fokusgruppen. Die Erkenntnisse hieraus liefern sowohl Grund zum Optimismus als auch zur Besorgnis. In der Regel führten die Teilnehmenden **differenzierte Diskussionen** zu diesem Thema, wobei sie vor allem auf Schwächen, Schattenseiten und möglichen Missbrauch hinwiesen.

Große Hoffnungen setzten die Teilnehmenden in die Rolle, die neue Technologien bei der Bekämpfung des Klimawandels spielen könnten, insbesondere in den Bereichen **Energie und Verkehr**. Es wurde jedoch davor gewarnt, **sich bei der Rettung des Planeten zu sehr auf neue Technologien zu verlassen**, da es auch viele weitere Maßnahmen bräuchte, die nichts mit Technologie zu tun haben, um dieses Ziel zu erreichen. In ähnlicher Weise betonten die Bürgerinnen und Bürger die Notwendigkeit, im Zuge des ökologischen Wandels die „**menschliche Dimension**“ in den Mittelpunkt zu stellen und diejenigen zu schützen, deren Lebensgrundlage durch den technologischen Fortschritt oder durch Digitalisierung bedroht wird.

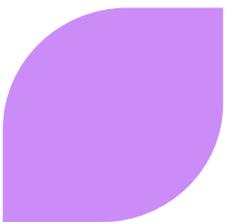
Im Bereich der Wirtschaft wurden neue Technologien dagegen insbesondere wegen ihrer Bedeutung bei der **Vereinfachung von Arbeitsprozessen** sowie zur **Produktivitätssteigerung** als sehr positive Entwicklung begrüßt. Befürchtet wird jedoch eine zunehmende digitale Spaltung der Gesellschaft, die vor allem durch den ungleichen Zugang zu neuen Technologien, einhergehend mit unterschiedlich entwickelten Fähigkeiten zu deren Anwendung, begünstigt wird. Dies kann **potenziell als Verstärker von sozialer Ungleichheit** wirksam werden.

In den Diskussionen zum Thema Demokratie ging es vor allem um den **Einfluss der Sozialen Medien**, was oftmals als **zweischneidiges Schwert** beschrieben wurde. Während Soziale Medien einerseits eine noch nie dagewesene Teilnahme am politischen Prozess ermöglichten sowie eine enorme Reichweite für soziale Zwecke bieten würden, wurden andererseits Soziale Medien als gefährliche ideologische Echokammern beschrieben, die wesentlich zu einer zunehmend polarisierten Gesellschaft beitragen.

Neue Technologien wurden jedoch auch als entscheidend für den Schutz demokratischer Strukturen angesehen, da sie ein höheres Maß an Sicherheit gegen mutwillige Handlungen wie die **externe Beeinflussung von Wahlen oder Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen** bieten können.

Bürgerinnen und Bürger äußerten sich zudem besorgt über die zweitrangige Stellung, die Europa, insbesondere im Vergleich zu Asien oder den USA, im technologischen Wettlauf einnimmt.

Künstliche Intelligenz wurde ebenfalls als zweischneidiges Schwert angesehen. Teilnehmende hoben einerseits den Nutzen z.B. bei der Überwachung und Steuerung des Wasserverbrauchs, bei der Energieoptimierung oder bei der Löschung von Falschinformationen in den Sozialen Medien hervor, während andererseits Befürchtungen über die zunehmende Herstellung und Verbreitung von verfälschten Videos und Bildern geäußert wurde.



Eine Frage des Vertrauens



Über alle vier Themen hinweg, haben wir ermittelt, **wem die Bürgerinnen und Bürger am meisten vertrauen**, wenn es darum geht, ihre Anliegen und Lösungsvorschläge zu verwirklichen.

Das Vertrauen in die **EU** ist nach wie vor hoch, insbesondere bei den jüngeren Generationen und vor allem in Italien, Spanien und Polen. Die EU wurde als der **vertrauenswürdigste und wichtigste Akteur** angesehen, wenn es um Ziele wie den **Klimawandel** und die **Stärkung der Wirtschaft** geht. Die außergewöhnliche Position der EU, nicht nur nationale und regionale Regierungen, sondern auch Bürgerinnen und Bürger sowie die Privatwirtschaft nachhaltig beeinflussen zu können, wurde als beispiellos im Vergleich mit anderen Akteuren angesehen.

Die Studie ergab ein **hohes Maß an Vertrauen in die Zivilgesellschaft und die eigenen Mitbürgerinnen und Mitbürger**, insbesondere unter den Teilnehmenden aus Frankreich, Italien und Schweden. Kleinere zivilgesellschaftliche Gruppierungen würden demnach, neben ihrer Bedeutung in anderen Bereichen, vor allem für die **Stärkung der Demokratie** eine wesentliche Rolle spielen.

Während das Vertrauen in die nationalen Regierungen je nach Thema und Land sehr unterschiedlich ausfiel, wurden sie mit überwältigender Mehrheit als **der vertrauenswürdigste Akteur angesehen, wenn es um die Gewährleistung von Schutz und Sicherheit ging**.

Bei fast allen vier Themen und unabhängig von Alter oder Nationalität der Teilnehmenden, war das Vertrauen in die **Privatwirtschaft** sehr gering. Privatunternehmen wurden als gewinnorientiert angesehen und würden nur dann im Interesse der Allgemeinheit handeln, wenn sie von Behörden oder von der Öffentlichkeit entsprechend unter Druck gesetzt würden.

Über Debating Europe

Debating Europe ist ein Teil der Brüsseler Denkfabrik Friends of Europe. Wir wollen die kollektive Intelligenz der Bürgerinnen und Bürger in der EU erschließen und deren politische Ideen für einen neuen Gesellschaftsvertrag für Europa bis 2030 entwickeln und testen.

Wir tun dies, indem wir unsere wachsende europäische Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern als auch zivilgesellschaftlichen Organisationen in Fokusgruppen und Umfragen einbinden. Mit unserer Forschung tragen wir dazu bei, dass europäische Institutionen als auch Mitgliedstaaten ihre Beziehung zu den Bürgerinnen und Bürgern, denen sie verpflichtet sind, verändern und neugestalten können.

Darüber hinaus tragen wir zur Entwicklung eines neuen Gesellschaftsvertrags für Europa bei, indem wir mit politischen Entscheidungsträgern und Interessenvertretern zusammenarbeiten. Wir wollen eine neue Demokratie für das 21. Jahrhundert entwickeln, die:

- Menschen ermutigt und befähigt, eine größere Rolle bei wichtigen strategischen und politischen Entscheidungen einzunehmen, die ihr eigenes Leben und das Leben künftiger Generationen beeinflussen werden.
- Dialog fördert, durch den Menschen die notwendigen Fähigkeiten und das nötige Selbstvertrauen entwickeln, um sich an wichtigen Entscheidungen, die ihr Leben bestimmen, zu beteiligen.
- einen sicheren öffentlichen Raum bietet, der demokratische Veränderungen ermöglicht, indem er Bürgerinnen und Bürger sowie politische Entscheidungsträger zusammenbringt.

Wir wollen die Dynamik zwischen politischen Institutionen und Bürgerinnen und Bürgern verändern, um sicherzustellen, dass Entscheidungsprozesse und politische Maßnahmen in der EU die wahren Wünsche der Menschen widerspiegeln und so gemeinsam ein inklusiveres, nachhaltigeres und zukunftsorientierteres Europa geschaffen werden kann.



FÖRDERUNG EINES GERECHTEN UND NACHHALTIGEN WACHSTUMS



TOP-EMPFEHLUNGEN

- 1 Anhebung der Gehälter von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen
- 2 Steuerreformen zur Beseitigung von Einkommensunterschieden
- 3 Standardisierung von Heimarbeit und Angebot einer Vier-Tage-Arbeitswoche

AKTEURE

HÖCHSTES VERTRAUEN

- Privatwirtschaft
- Nationale Regierung
- Europäische Union

GERINGSTES VERTRAUEN

- Internationale Organisationen
- Zivilgesellschaft

ROLLE NEUER TECHNOLOGIEN

Das Land muss schnell aufholen und innovativ sein, wenn es seine Wettbewerbsfähigkeit im Bereich von Technologie und Künstlicher Intelligenz weltweit aufrechterhalten will

STÄRKUNG VON SICHERHEIT UND RESILIENZ



TOP-EMPFEHLUNGEN

- 1 Wichtige Infrastruktureinrichtungen widerstandsfähiger gegen Angriffe machen
- 2 Vorbeugende Maßnahmen zur Verringerung von Kriminalität, Gewalt und Radikalisierung ergreifen
- 3 Bürgerinnen und Bürgern Schulungen für den Umgang mit Krisensituationen anbieten

AKTEURE

HÖCHSTES VERTRAUEN

- Nationale Regierung
- Europäische Union
- Regionale Regierungen

GERINGSTES VERTRAUEN

- Privatwirtschaft
- Internationale Organisationen

ROLLE NEUER TECHNOLOGIEN

Neue Technologien bieten grundsätzlich die Möglichkeit Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft zu erhöhen, vorausgesetzt, das Problem der Verbreitung von Falschinformationen wird angegangen, da dies zu gesellschaftlicher Radikalisierung führt

UNTERSTÜTZUNG DES ÖKOLOGISCHEN WANDELS

TOP-EMPFEHLUNGEN

- 1 Abhängigkeit vom Auto als Transportmittel reduzieren
- 2 Besteuerung der größten Umweltverschmutzer
- 3 Abfallmengen verringern

AKTEURE

HÖCHSTES VERTRAUEN

- Europäische Union
- Zivilgesellschaft
- Regionale Regierungen

GERINGSTES VERTRAUEN

- Privatwirtschaft
- Internationale Organisationen

ROLLE NEUER TECHNOLOGIEN

Neue Technologien können eine nachhaltigere Wirtschaft unterstützen

AUSBAU EINER BÜRGERNAHEN DEMOKRATIE



TOP-EMPFEHLUNGEN

- 1 Bekämpfung der Korruption
- 2 Bürgerinnen und Bürgern Fähigkeiten zur Teilnahme an der demokratischen Gesellschaft vermitteln
- 3 Stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an formellen Entscheidungsprozessen

AKTEURE

HÖCHSTES VERTRAUEN

- Nationale Regierung
- Europäische Union
- Civil society

GERINGSTES VERTRAUEN

- Privatwirtschaft
- Medien

ROLLE NEUER TECHNOLOGIEN

Sollte Künstliche Intelligenz nicht ernst genommen werden, könnten neue Technologien zu einer Bedrohung werden, anstatt einen potentiellen positiven Einfluss auf demokratische Strukturen auszuüben

Debating Europe

infos@debatingeurope.eu
debatingeurope.eu

Making European democracy fit for the 21st century

